

Per E-Mail
Gesetzesrevisionen@bfe.admin.ch

Ihr Kontakt Thomas Porchet, Energiepolitik Schweiz

E-Mail thomas.porchet@axpo.com
Direktwahl T +41 56 200 31 45
Datum 28. Februar 2025

Indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»: Stellungnahme Axpo Gruppe

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» Stellung nehmen zu können.

Allgemeine Bemerkungen

Axpo hat die Ambition, mit innovativen Energielösungen eine nachhaltige Zukunft zu ermöglichen. Axpo ist die grösste Schweizer Produzentin von erneuerbarer Energie und internationale Vorreiterin im Energiehandel sowie in der Vermarktung von Solar- und Windkraft. Mehr als 7 000 Mitarbeitende verbinden Erfahrung und Know-how mit der Leidenschaft für Innovation und der gemeinsamen Suche nach immer besseren Lösungen. Axpo setzt auf innovative Technologien, um die sich stets wandelnden Bedürfnisse ihrer Kunden in über 30 Ländern in Europa, Nordamerika und Asien zu erfüllen.

Axpo betreibt das Kernkraftwerk Beznau I und II sowie als Mehrheitsaktionärin das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL). Sie hält zudem Beteiligungen an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) sowie an mehreren langfristigen Bezugsverträgen aus französischen Kernkraftwerken. Die Kernkraftwerke sind eine zentrale Stütze für die Versorgungssicherheit in der Schweiz. Axpo hat deshalb im Juni 2023 beschlossen, den Bezugsvertrag SBR2 der ENAG (Energiefinanzierungs-AG) bis 2039 zu

verlängern. Zudem hat Axpo im Dezember 2024 nach umfangreichen Prüfungsarbeiten entschieden, den Betrieb des KKW Beznau bis 2033 zu sichern und dafür 350 Millionen CHF zu investieren. Dieses Engagement erfolgt zusätzlich zu den sehr hohen Investitionen in den sicheren und zuverlässigen Betrieb der Kernkraftwerke – rund 1 Milliarde CHF allein in KKL – während der vergangenen Jahrzehnte.

Zur Vorlage

Axpo begrüsst den von der Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» postulierten Grundsatz der Technologieoffenheit und unterstützt das Anliegen einer sicheren und klimaschonenden Stromversorgung. Diese Anliegen können allerdings auf Gesetzesstufe umgesetzt werden oder sind im geltenden Recht bereits teilweise verankert. Eine Verfassungsänderung ist dazu nicht notwendig. Auch die zusätzliche Forderung nach einer Bezeichnung von Verantwortlichkeiten durch den Bundesrat ist unbegründet. Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Energie- bzw. Stromversorgung sind in der Bundesverfassung und im StromVG heute bereits geregelt. Eine Neuordnung droht die bestehende Kompetenzordnung zu verwischen und führt zu Unsicherheiten.

Axpo beurteilt die Volksinitiative deshalb insgesamt kritisch. Wir begrüssen dagegen den vom Bundesrat unterbreiteten Gegenvorschlag und die darin vorgesehene Aufhebung des Verbots, Rahmenbewilligungen für neue Kernkraftwerke in der Schweiz zu erteilen. Die Aufhebung des Neubauverbots bedeutet allerdings nicht, dass neue Kernkraftwerke zwangsläufig gebaut werden. Sie erlaubt aber zumindest die konstruktive Auseinandersetzung mit der Möglichkeit neuer Kernanlagen und deren Einbezug in eventuelle Szenarien.

Die künftige Stromversorgung bleibt eine enorme Herausforderung. Bis 2050 fehlen – nach heutigem Stand – 50 TWh Erzeugung. Entsprechend dringend müssen zusätzliche Produktionskapazitäten bereitgestellt werden. Insbesondere die Versorgung im Winterhalbjahr ist kritisch. Wenn Politik und Gesellschaft Versorgungssicherheit gewährleisten wollen, lässt sich der benötigte Winterstrom im erforderlichen Umfang nur durch Wind-, Gas- oder Kernkraftwerke bereitstellen. Wird einer möglichst unverbauten Landschaft höchste Priorität beigemessen, fallen Windkraftwerke als Option weg. Sollen auch die Klimaziele, zu denen sich die Schweiz international verpflichtet hat, zu 100% erreicht werden, sind Gaskraftwerke kurz- und mittelfristig keine zielführende Lösung für Bandenergie im Winter, sondern können nur als Reserve in besonders kritischen Situationen vorgesehen werden. Somit bleibt als Option in diesem technologisch stark eingeschränkten Szenario aus heutiger Perspektive nur Kernenergie. Nur Kernanlagen können räumlich eng begrenzt grosse Mengen CO₂-neutraler Energie produzieren. Auch wird es auf absehbare Zeit keine Möglichkeit zur grossindustriellen Speicherung von Strom geben, um die Überschussproduktion von Solaranlagen vom Sommer in den Winter zu verschieben. Zum saisonalen Ausgleich steht aktuell nur die Wasserkraft zur Verfügung, deren zusätzliche Potenziale bekanntermassen begrenzt sind. Neue Kernkraftwerke würden allerdings 20 oder mehr Jahre für die Realisierung benötigen. Zudem ist gemäss Axpo-Analysen ein Szenario mit signifikantem Windanteil und Gaskraftwerken für den Winter nicht nur deutlich schneller realisierbar, sondern volkswirtschaftlich mutmasslich auch günstiger. Axpo wird bis Ende Jahr zu diesen Fragen weitere Daten vorlegen.

Wie erwähnt bedeutet die Aufhebung des Neubauverbots nicht, dass neue Kernkraftwerke auch gebaut werden. Im herrschenden ökonomischen und regulatorischen Umfeld sind viele Fragen ungeklärt. Aus Sicht allfälliger Projektanten bleibt das finanzielle Risiko von Neubauprojekten zu hoch und erlaubt aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive keinen positiven Investitionsentscheid. Eine Absicherung der Marktrisiken über die gesamte Betriebsdauer von 60 Jahren kann nur staatlicherseits geleistet werden.

Daneben bestehen regulatorische und politische Risiken, die bei Eintreten die Rahmenbedingungen erheblich verändern können und bei der Planung eines neuen Kraftwerks berücksichtigt werden müssen. Diese Risiken, die massgeblichen negativen Einfluss auf eine Investitionsentscheidung haben, können von den Betreibern nicht beeinflusst und vermindert werden und müssten in der Folge vom Staat stellvertretend für alle Nutzniesser der Vorteile von Kernkraftwerken getragen werden. Zudem müsste ein Neubauprojekt nach einer Aufhebung des Rahmenbewilligungsverbots ein komplexes, langwieriges Genehmigungsverfahren durchlaufen. Sogar für konventionelle Projekte dauern die Bewilligungsverfahren bis zu 20 Jahre. Der Genehmigungsprozess über mehrere Etappen, bis ein neues Kernkraftwerk in Betrieb gehen kann, ist ungleich aufwändiger und dauert entsprechend lange. Die zahlreichen Hürden und Unsicherheiten lassen eine Bewilligung aus heutiger Sicht zudem wenig realistisch erscheinen.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Stromversorgung in den kommenden Jahren hat der sichere Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke Priorität. Dazu sind ebenfalls namhafte Investitionen notwendig, die gegen die gleichen politischen, regulatorischen und wirtschaftlichen Risiken wie bei einem Neubau abgewogen werden müssen. Ohne entsprechende, risikomindernde Rahmenbedingungen kann selbst der Langzeitbetrieb der Kernanlagen nicht als gewährleistet betrachtet werden. Axpo ist gerne bereit, in einen Dialog über mögliche Massnahmen einzutreten.

Die über die Rolle der Kernenergie und den Neubau von Kernanlagen zu führende politische und gesellschaftliche Diskussion darf den Zubau erneuerbarer Energien und der für die Winterversorgung auch in Dunkelflauten notwendigen Infrastruktur wie bspw. Gaskraftwerke aber weder verzögern noch verhindern. Mit Blick auf die bestehenden Herausforderungen und die jahrzehntelange Realisierungsdauer allfälliger neuer Kernkraftwerke muss die Schweiz jetzt die Technologien zubauen, die vorhanden sind und rasch realisiert werden können. Zudem bleibt ein Stromabkommen mit der EU eine zentrale Voraussetzung für Netzstabilität, günstigere Strompreise und höhere Versorgungssicherheit.

Eine eindeutige Klärung sowohl der Präferenzen der Schweizerinnen und Schweizer hinsichtlich des Strommixes ist angesichts der sehr langen Plan- und Realisierungszeiträume dringend und wichtig. Dabei dürfen nicht Wunschenken und Regionalpolitik im Vordergrund stehen, da Versorgungssicherheit nur national bzw. international gedacht werden kann. Ebenso zentral ist es dann, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Investitionen in die entsprechende Infrastruktur - egal welcher Technologie- auch rechnen. Axpo hofft, dass die Initiative diese Diskussion in Gang bringt und die Politik diese aufgreift und explizit vorantreibt.

Freundliche Grüsse



Christoph Brand
CEO



Lukas Schürch
Head Corporate Public Affairs